

# Protokoll

KG WECHSELPROZESS

---

28.01.2026 09:00UHR

---

ENTWURF

## 1. WVO 2026 Begutachtungsentwurf

Erklärung zur Vorgehensweise im Rahmen der Sitzung am 28.01.2026: Im Rahmen der KG wurde der gesamte WVO 2026 Begutachtungsentwurf besprochen (VO Text an sich), die Erläuterungen wurden punktuell besprochen, der Anhang zur WVO 2026 wurde auf Basis des Inputs der KG Mitglieder besprochen, nicht vollständig, sondern je nachdem welche Punkte bei der bisherigen Durchsicht aufgefallen sind.

**Nachstehend eine Zusammenfassung der besprochenen Punkte, die im Rahmen einer Stellungnahme zum gegenständlichen Begutachtungsentwurf WVO 2026 berücksichtigt werden sollen:**

### Zur WVO 2026

#### **Allgemeine Anmerkungen**

- Regen durchgehende Überprüfung der verwendeten Begrifflichkeiten an, auf Konsistenz und Eindeutigkeit. Beispiel: in § 11 Abs 2 ist der „unverbindlichen Wechselanfrage“ die Rede. Gemeint ist hier wohl die „vorläufige Wechselanfrage“.
- WVO enthält Regelungen, die nicht der E-Control obliegen, sondern Gegenstand des EIWG sind und bereits dort geregelt sind (z.B. § 15 Abs 5, § 19 Abs 3 und 4). Alle diese Regelungen sind in der WVO ersatzlos zu streichen.

**Keine Anmerkungen zu §§ 1bis 4 im Rahmen der KG Sitzung am 28.1.2026.**

#### **Zu § 5 Verweigerung der Durchführung der Verfahren**

In § 5 Abs 1 Ziffer 4 ist unserem Verständnis nach ein logischer Fehler enthalten. Ziffer 4 sollte demnach lauten: „4. bei keiner rechtgültigen Bevollmächtigung“

#### **Zu § 8 Zählpunkt- und Endkundenidentifikation**

Abs 4 ist zu streichen. Die darin beschriebene Regelung ist nicht praktikabel. Sollte nach Ablauf gemäß Abs 3 keine Identifikation möglich sein, so ist der Prozess mittels qualifiziertem Response Code abzulehnen. Der Lieferant muss die Zählpunkt- und Endkundenidentifikation ggf. neu starten – keine Fortführung eines Abfrage Ping-Pongs. ZU Abs 5: Da es sich hier wortident um dieselbe Formulierung wie in § 9 Abs 4 handelt. Der „aktuelle Lieferant“ ist durch „Netzbetreiber“ zu ersetzen.

#### **Zu § 10 Vorläufige Wechselanfrage**

Abs 1: In Abs 1 zweiter Satz wird auf den Endkunden verwiesen zu Beginn. Entscheidend ist jedoch, ob dem neuen Lieferanten die Zählpunktbezeichnung bekannt ist. Demnach regen wir eine Prüfung der Formulierung an.

Verweis auf § 10 in Abs 1 ist wohl ein redaktionelles Versehen, sollte wohl § 8 lauten.

#### **Zu § 11 Einwand aus zivilrechtlichen Gründen**

Regen durchgehende Überprüfung der verwendeten Begrifflichkeiten an, auf Konsistenz und Eindeutigkeit. Beispiel: in § 11 Abs 2 ist der „unverbindlichen Wechselanfrage“ die Rede. Gemeint ist hier wohl die „vorläufige Wechselanfrage“.

### **Zu § 13 Stornierung des technischen Wechsels**

Der Titel ist unserem Verständnis nach irreführend. Wir schlagen vor den Titel von § 13 auf „*Stornierung des Wechsels*“ oder „*Stornierung des registrierten Wechsels*“ zu ändern.

### **[KRITISCH] Zu § 14 Vorgelagerter Datenabgleich**

In Abs 1 zweiter Satz ist – analog zu § 10 Abs 1 – auf den neuen Lieferanten und nicht auf den Endkunden abzustellen, was die Kenntnis der Zählpunktbezeichnung betrifft.

Abs 3 ist ersatzlos zu streichen. Die vorliegende Formulierung würde eine verpflichtende manuelle Suche im Fall jeder fehlerhaften ANL bedeuten. Dies würde zu einem erheblichen Mehraufwand führen, der von den Netzbetreibern nicht zu leisten ist. Abgesehen davon bringt eine manuelle Prüfung keinerlei qualitativen Mehrwert und würde demnach nur zu unnötigen Verzögerungen führen.

Die in Abs 3 vorgesehene manuelle Prüfung scheint ein Relikt aus der WVO 2014 zu sein. Seither hat die Branche die damals durchgeführte manuelle Suche mittels umfassender Prüflogik und Hinterlegung eines Prüfschemas in den Systemen automatisiert und erweitert. Somit wird mittlerweile sichergestellt, dass der Lieferant eine qualifizierte Rückmeldung erhält, welche Daten im Fall einer Ablehnung korrekt bzw. falsch waren, welche Dateninkonsistenz zur Ablehnung geführt hat und welche Suchstrategie dafür angewendet wurde. Das bedeutet, dass im Rahmen der aktuellen automatisierten Prüfung alle Potenziale ausgeschöpft werden und eine manuelle Suche keinen Mehrwert mehr liefern kann.

Infolge der Streichung von Abs 3 ergibt sich auch die Streichung von Abs 4, da bereits Abs 2 letzter Satz eine Höchstfrist regelt.

### **Zu § 15 Neuanschaffung einer Anlage durch den Lieferanten**

In Abs 4 ist wieder von Arbeitstagen die Rede, trotz Regelung in § 3 Abs 3. Der Gesetzgeber sollte sich hier entscheiden, ob er die in § 3 Abs 3 getroffene allgemeine Regelung durchgehend berücksichtigt, oder durchgehend jeweils konkret ausformuliert, ob Arbeits- oder Kalendertage gemeint sein.

Zu § 15 Abs 5 – siehe Allgemeine Anmerkungen zur WVO 2026, im EIWG geregelt, nicht Regelungstatbestand der WVO der E-Control.

### **[KRITISCH] Zu § 16 Neuanschaffung einer Anlage durch den Netzbetreiber**

Der vorliegende Entwurf bedingt nach Auffassung von Oesterreichs Energie eine vollkommene Umgestaltung im Vergleich zum Status Quo. Dieser Bedarf erschließt sich uns nicht, wonach hier für die Beibehaltung des bestehenden BELNB Prozesses plädiert wird.

Insgesamt muss klar und eindeutig hervorgehen, insbesondere mit Blick auf Abs 2, dass die Neuanschaffung durch den Lieferanten zu erfolgen hat, und nicht durch den Netzbetreiber.

Ergänzend sei darauf hingewiesen, dass der im Begutachtungsentwurf beschriebene Ablauf dazu führen würde, dass durch die Anmeldung durch den Netzbetreiber ein Kunde faktisch 8

Arbeitstage für eine Neuansmeldung beim richtigen Lieferanten blockiert wäre, wenn der angegebene Lieferant nicht korrekt ist. Dies kann nicht im Sinne des Gesetzgebers sein.

### **Zu § 20 Inkrafttreten und Außerkrafttreten**

Vorgesehen ist ein Inkrafttreten per 1.4.2026. Anzumerken ist, dass im Anschluss des Inkrafttretens die daraus abzuleitenden erforderlichen Anpassungen in der Technischen Spezifikation zum Energylink erst entsprechend erfolgen müssen. Dies umfasst die Erarbeitung und Ausdefinition, die Konsultation der ausgearbeiteten Vorschläge sowie die technische Implementierung, Testung und letztlich Produktivsetzung. Demnach kann seriös eine Produktivsetzung mit April 2027 seitens Österreichs E-Wirtschaft (als auch der Verrechnungsstellen) zugesichert werden.

**Keine Anmerkungen zu §§ 1 bis 4 , § 6, § 7, § 9, § 12, § 15, sowie §§ 17 bis 19 im Rahmen der KG Sitzung am 28.1.2026.**

### **Zu den Erläuternden Bemerkungen**

In den EB zu § 1 Abs 2 Z 6 ist der Teil „Ersatz- oder“ zu streichen. Das EIWG kennt keine Ersatzversorgung.

In den EB zu § 10 Abs 1: 1 konkretes Beispiel, mit konkreten Dati, bei denen auch ein Feiertag unter der Woche ist, um Klarheit zu schaffen und etwaigen Unklarheiten vorzubauen.

In den EB zu 2.5.3 im Anhang zur WVO wird noch auf das bereits abgeschaffte Format MSCONS verwiesen. Diese Passage in den EB ist entsprechend anzupassen/ zu streichen.

### **Zum Anhang zur WVO 2026**

#### **Allgemeine Anmerkungen**

- Es finden sich im Begutachtungsentwurf zum Anhang zur WVO 2026 an einigen Stellen taxative Aufzählungen sowohl für Felder in den Nachrichten als auch für Response Codes. Wir gehen davon aus, dass auch weiterhin wie bisher, im Rahmen der Technischen Spezifikationen Attribute (Felder, Response Codes) definiert werden dürfen, die über jene die im Anhang zur WVO 2026 gelistet sind, hinaus gehen können.
- Die Klammer „(Bei Vollmacht durch den Enkunden)“ ist zu streichen. § 54 Abs 1 EIWG sieht die Übermittlung von Viertelstundenwerten als Standard vor, Zudem regelt § 59 Abs 3 die Übermittlung von Tageswerten bis zum Folgetag 15 Uhr. Zu finden in folgenden Abschnitten: 2.4.1 Einleitung [Anm.: der vorläufigen Wechselanfrage (§ 10)]; 2.5.2 Abschluss des technischen Wechsels und Übermittlung der Wechselinformation, 3.2 Einleitung [Anm.: der Neuansmeldung] durch den Lieferanten (§ 15); 3.2.2 Durchführung der Neuansmeldung, 3.3 Einleitung [Anm.: der Neuansmeldung] durch den Netzbetreiber (§ 16). Zudem handelt es sich jeweils um das angeforderte Mess- und Übertragungsinterfall. Demnach sollte

die Formulierung wie folgt lauten: „Änderung des **angeforderten** Mess- und Übertragungsintervalls“, ohne den Klammerausdruck.

## Zu 2. Lieferantewechsel

### Zu 2.2. Zählpunkt- und Endkundenidentifikation beim Netzbetreiber (§ 8)

Insgesamt möchten wir dazu anmerken, dass die Ausgestaltung der Prüflogik im Detail in den Technischen Spezifikationen des EnergyLink erfolgt.

### Zu 2.3. Bindungs- und Kündigungsfristenabfragen (§9)

Die Abfrage ist auf den Nachnamen bzw. Firmennamen zu begrenzen. Der Vorname ist an dieser Stelle im Rahmen der BINKUN zu streichen. Dies würde unnötigerweise die Fehlerquote erhöhen und zu Verzögerungen führen.

### Zu 2.5.2 Abschluss des technischen Wechsels und Übermittlung der Wechselinformation

Hier findet sich in der taxativen Aufzählung an letzter Stelle das Attribut „Bilanzgruppe“. Sollte der VO-Geber daran festhalten, dass aus Sicht von Österreichs E-Wirtschaft nicht erforderliche Attribut „Bilanzgruppe“ aufnehmen zu wollen, dann hat dies sinnvollerweise im Rahmen der Neuanschuldung durch den Lieferanten zu erfolgen, nicht jedoch in der Rückmeldung vom Netzbetreiber.

### Zu 2.6 Stornierung des technischen Wechsels

Nach Durchsicht der Erläuterungen regen wir an, die Abläufe nochmals genau zu prüfen und für eine besser Verständlichkeit und Klarheit ein konkretes Beispiel, etwa in den Erläuternden Bemerkungen zu ergänzen. Unklar ist, ob die derzeitige Formulierung und Ausgestaltung nicht dazu führen kann, dass im Rahmen einer noch laufenden Beharrungsfrist die Stornofrist bereits zu laufen beginnt und es demnach hier zu nicht erwünschten Überschneidungen von Prozessschritten kommen kann.

## Zu 3. Neuanschuldung

### Zu 3.2. Einleitung durch den Lieferanten (§ 15)

In 3.2. findet sich folgende taxative Aufzählung:

#### **„Im Strombereich:**

- Voll-/Überschusseinspeiser
- Abrechnungszyklus
- Änderung des Mess- und Übertragungsintervalls (bei Vollmacht durch Endkunden)
- Kennzeichen neue Markttrollen
- Kennzeichen Betriebsmittel (z.B. gemäß § 54 Abs. 2 bzw. § 98 EIWG)“

Drei der aufgezählten Attribute, nämlich „Voll-/Überschusseinspeiser“, „Kennzeichen neuer Markttrollen“ sowie „Kennzeichen Betriebsmittel (z.B. gemäß § 54 Abs 2 bzw. § 98 EIWG)“ gehören in die Nachricht der Rückmeldung des Netzbetreibers im Rahmen der Anmeldebestätigung, nicht jedoch in die Einleitung einer Neuanschuldung durch den Lieferanten.

Zudem verweisen wir auf die Allgemeinen Anmerkungen zum Spiegelstrich Mess- und Übertragungsintervall.

### Zu 3.2.1 Keine Durchführung der Neuanschuldung

Derzeit findet sich im Anhang zur WVO 2026 folgender Absatz:

**„Bei einer Anlage in Betrieb:** Wird die standardisierte Meldung „Aufrechter Energieliefervertrag an der Anlagenadresse vorhanden“ übermittelt, hat der Netzbetreiber dies dem aktuellen Lieferanten an der anzumeldenden Anlage zu übermitteln. Der aktuelle Lieferant hat den Endkunden über die Neuansmeldung und deren Zeitpunkt zu informieren und darauf hinzuweisen, dass die Anlage abgemeldet wird, sofern er dieser nicht innerhalb von 96 Stunden widerspricht. Der aktuelle Lieferant hat dem Netzbetreiber mittels standardisierter Meldung mitzuteilen, ob der Endkunde der Neuansmeldung widerspricht. Diesfalls hat der Netzbetreiber den Anmeldeprozess abubrechen.“

Die in diesem Absatz beschriebene oder interpretierbare geforderte Vorgehensweise wird sehr kritisch gesehen bzw. ist abzulehnen. Die Möglichkeit eines Widerspruchs im Rahmen einer 96 Stunden Frist würde faktisch einen Rückschritt dahingehend bedeuten, dass es wieder erforderlich wäre rückwirkende Anmeldungen anzunehmen und zu ermöglichen. Diese sind allerdings mit dem aktuellen Marktgeschehen und im Zuge der neuen Marktrollen nicht mehr abbildbar und abwickelbar. Die Möglichkeit des Widerspruchs hat demnach zu entfallen.

Fahrnberger verweist auf Aussendung mit Aufruf zur Stellungnahme – bitte um unternehmensinterne akkordierte Stellungnahme bis Freitag, 6. Februar 2026. Heute besprochene Punkte bitte auch jedenfalls in den Stellungnahmen aufnehmen – diese sind mit der heutigen Sitzung NICHT als „erledigt“ zu erachten.

## **2. Aufnahme „Divers“ in optionales Feld Anrede**

Langer bringt den Wunsch seitens WN ein, dass bei Personen eine Erweiterung der Anrede um „divers“ benötigt wird.

In der Diskussion am 28.01.2026 wird auf ein EuGH-Urteil verwiesen, wonach eine Anrede nur dann zulässig ist, wenn sie für die Erfüllung der Leistung erforderlich ist. Im Fall der Stromlieferung ist dies voraussichtlich nicht gegeben. Einige Unternehmen befinden sich aktuell in der Diskussion, die Anrede gänzlich zu streichen. Fahrnberger verweist darauf, dass im Reisepass in Österreich insgesamt 6 Geschlechter in 3 Kategorien zulässig sind. Divers ist eine von 4 Möglichkeiten in der Kategorie „intergeschlechtlich“/“X“ neben den Geschlechtern männlich (M) und weiblich (W). Dies wäre in der Bezeichnung dann zu bedenken, d.h. „intergeschlechtlich“ und nicht „divers“.

Nach Einschätzung der KG kann eine Ergänzung des optionalen Feldes grundsätzlich durch eine Anpassung der Technischen Spezifikationen erfolgen.

Berzsenyi weist darauf hin, dass die Anrede derzeit nur in zwei Nachrichten als optionales Feld vorgesehen ist. Eine Umsetzung wäre daher frühestens mit April 2027 möglich.